

Sehr geehrte Mitglieder des Bayerischen Bauernverbands,

sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Positionen und Forderungen im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl im Herbst 2021. Wir Freie Demokraten haben uns gerne damit auseinandergesetzt, denn eines ist für uns klar: Wir stehen für eine regionale, bäuerliche Landwirtschaft und werden uns mit aller Kraft für den Fortbestand unserer heimischen Familienbetriebe einsetzen. Denn wer unser Land ernährt, verdient Respekt.

Nicht erst seit der Corona-Pandemie wissen wir, welche fundamentale Bedeutung Nahrungsmittel aus heimischer Erzeugung für unsere Ernährungssicherung besitzen. Doch nicht nur das – die landwirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln, nachwachsenden Rohstoffen und erneuerbaren Energien samt des vor- und nachgelagerten Bereiches stellt ein wichtiges Rückgrat unserer bayerischen Wirtschaft dar, insbesondere in den ländlichen Räumen. Daher stehen wir für unternehmerische, familiengeführte Landwirtschaft – gleich ob bio oder konventionell, die die Chancen der Digitalisierung und des Smart Farmings nutzt, um Arbeitsabläufe, Tierwohl- und Umweltleistungen zu optimieren.

Unser Ziel sind faire Wettbewerbsbedingungen, sodass Landwirte ihr Einkommen vollständig aus Markterlösen decken können. Daher fordern wir eine EU-weite Harmonisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen im Hinblick auf Umwelt- und Tierschutzauflagen, sowie ein EU-weit einheitliches, transparentes und verpflichtendes Tierwohllabel. Außerdem wollen wir die Wettbewerbsstellung der Landwirte in der Wertschöpfungskette verbessern, indem deren Marktmacht durch Erzeugerzusammenschlüsse gestärkt und das Kartellrecht konsequenter angewandt wird. Unnötige bürokratische Hürden wollen wir abbauen und Praxisorientierung bei künftigen Entscheidungen stärken.

Daneben braucht es in unseren Augen zwingend langfristig stabile rechtliche und politische Rahmenbedingungen sowie eine Agrarpolitik, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht, Zielkonflikte benennt und auflöst, Lösungen forciert und Einkommen steigert, damit wir die Zukunftsfähigkeit unserer heimischen Landwirtschaft gewährleisten können. Auch die nachfolgenden Generationen sollen gerne wieder einen Beruf in der Land- und Forstwirtschaft erlernen und dabei Perspektiven für ihre Familien haben.

Wie Sie sehen, stimmen wir als FDP in sehr vielen Punkten mit Ihren Forderungen überein, auf die wir im Folgenden gerne konkreter eingehen möchten.

1. Wahrung des Eigentums: Grund und Boden als Bewirtschaftungsgrundlage sichern und Versorgungssicherheit gewährleisten

Respekt vor und Schutz des Eigentums gehören zu unseren Grundprinzipien. Dass landwirtschaftliche Flächen im Eigentum der Landwirte bleiben sollten, ist für uns daher selbstverständlich.

In unseren Augen muss der Flächenverbrauch deutlich reduziert und somit land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche erhalten werden. Daher befürworten wir, den Kommunen unverbindliche Kontingente als Orientierungswert zuzuweisen. Sollte sich das Prinzip der Freiwilligkeit nach zehn Jahren als nicht wirksam herausstellen, ist über weitere Maßnahmen zu diskutieren. Künftig sind in unseren Augen verstärkt Nachverdichtungen und mehrstöckige Bauweisen in Betracht zu ziehen. Außerdem ist der Flächenverbrauch durch Infrastruktur- und Ausgleichsmaßnahmen zu minimieren, die wertvollen landwirtschaftlichen Produktionsflächen zu erhalten.

Jegliche Form von Überregulierung, weiteren Knebeln und zusätzlicher Bürokratie lehnen wir ab. Anstatt auf Zwang setzen wir auf freiwillige Maßnahmen mit entsprechenden Anreizen. Wir sind überzeugt davon, dass bei einer angemessenen Entschädigung das Interesse der Landwirte an Naturschutzmaßnahmen groß genug ist, um diese erfolgreich durchzuführen. Daher begrüßen wir auch Kooperationen zwischen Landwirtschaft und Naturschutz sehr und fordern, diese bei gesetzlichen Änderungen wie beispielsweise dem Insektenschutzgesetz in ausreichendem Maße zu berücksichtigen. Sie sollten zum Beispiel in Form eines Ökopunktekontos angerechnet werden können.

Für uns sind Stalleinbrüche konsequent unter Strafe zu stellen, denn Unrecht am Tier kann nicht durch Unrecht geheilt werden, sondern nur durch eine konsequente Anwendung geltenden Rechts in Form von Veterinärkontrollen. Daher wollen wir Vereinen, die gegen das Strafgesetz verstoßen oder dazu aufrufen, die Gemeinnützigkeit entziehen (DS 19/2580).

2. Bäuerliche Familienbetriebe und ländliche Räume: Regionalität in den Fokus rücken

Auf die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe und der Kreislaufwirtschaft legen wir besonderen Wert. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass das Ende letzten Jahres mit dem Arbeitsschutzkontrollgesetz eingeführte Verbot von Fremdpersonal im Kernbereich der Fleischwirtschaft nicht auf kommunale Schlachthöfe angewendet wird, um deren Fortbestand zu sichern (DS 19/28356). Außerdem wollen wir die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch einen effektiven Abbau bürokratischer Hürden sowie durch eine gezielte Unterstützung beim Aufbau entsprechender Vermarktungsstrukturen weiter ausbauen.

Um die Einkommensdiversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe zu unterstützen, fordern wir den Ausbau entsprechender Beratungsstrukturen sowie die finanzielle Förderung von diesbezüglichen Investitionen. Damit wollen wir es den Betrieben erleichtern, weitere wirtschaftliche Standbeine wie etwa den Anbau von Nischenkulturen, die Direktvermarktung oder die Vermietung von Fremdzimmern aufzubauen.

Obwohl der ländliche Raum die Heimat von vielen Menschen in unserem Land darstellt, wurden ländliche Räume und lebendige Dörfer zu lange vernachlässigt. Damit wir in attraktiven ländlichen Räumen mit lebendigen Dörfern leben können, müssen wir zum einen Gleichwertigkeit schaffen. Hierfür von zentraler Bedeutung sind für uns u.a. ein lückenloser Breitband- und Mobilfunkausbau sowie ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Zum anderen müssen wir den ländlichen Raum mit seinen vielfältigen Potentialen gezielt stärken, indem wir zum Beispiel durch die Förderung von regionalen Betrieben und Forschungszentren, eine Existenzgründeroffensive, flexible Arbeitszeitmodelle und eine Sicherstellung der Finanzierung der mittelständischen Wirtschaft neue Arbeitsplätze schaffen.

All das sind für uns wesentliche Bausteine für ein lebenswertes „Leben auf dem Land“, damit auch junge Menschen nach ihrer Ausbildung gerne zurückkehren.

Mit einem Ausbau der Investitionen in sämtliche Verkehrswege – von der Schiene über die Straße bis zum Fahrradweg – sowie mit einer Beschleunigung der Planungsverfahren wollen wir eine moderne Infrastruktur schaffen und damit den Weg für die Mobilität der Zukunft freimachen. Sanierung und Modernisierung haben für uns Priorität. Wir setzen auf Innovationen, Vernunft und Freiheit, sowie auf einen Mix aus verschiedensten Technologien, Antriebssystemen und alternativen Kraftstoffen. Pauschale Verbote lehnen wir ab. Vielversprechende Möglichkeiten sehen wir auch in einer intelligenten und innovativen Verkehrslenkung. Alternative Mobilitätskonzepte wollen wir erkunden, ohne bestimmte Antriebstechnologien von vornherein auszuschließen.

Das ehrenamtliche Engagement und die Vereinsarbeit wollen wir durch geeignete Rahmenbedingungen unterstützen, wie beispielsweise durch Abbau von Bürokratie und möglichen Haftungsrisiken. Für Vereine wollen wir den Zugang zu neuen digitalen Lösungen vereinfachen, etwa in den Bereichen Akquise und Verwaltung.

Die baurechtliche Privilegierung für landwirtschaftliche Familienbetriebe wollen wir beibehalten und wo nötig ausbauen. Eine grundsätzliche Privilegierung im Außenbereich fordern wir beispielsweise auch für die Umwandlung von ehemaligen landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden in Ferienwohnungen.

Ein leistungsfähiges und flächendeckendes Breitband- und Mobilfunknetz sowie 5G an jeder Milchkanne haben wir als FDP bereits vor der letzten Bundestagswahl gefordert. Doch bislang ist Deutschlands Digitalpolitik unkoordiniert, ziellos und chaotisch. Wir wollen sie neu ausrichten, denn Deutschland braucht endlich Tempo bei der Digitalisierung, um seine Chancen auf Fortschritt nicht zu verspielen. Wir wollen eine Vorreiterrolle bei digitalen Innovationen einnehmen, denn damit können wir ein Mehr an Tierwohl, Einsparungen bei Dünge-, Pflanzenschutz- und Arzneimitteln ebenso wie eine transparentere Produktion unserer Lebensmittel erreichen. Daher sind Schnittstellen zu standardisieren, um eine problemlose Datenübertragung zu ermöglichen. Hochleistungsfähige Breitband- und Mobilfunknetze sind bis zur letzten Milchkanne auszubauen. Datensicherheit und Datenhoheit haben für uns dabei höchste Priorität.

3. Umsetzung der GAP: Ökologische Leistungen brauchen ökonomische Basis

Bei der Neuausrichtung der GAP stehen für uns die Praxistauglichkeit und die Umsatzbarkeit für die landwirtschaftlichen Betriebe an oberster Stelle.

Die Fortführung der Agrarumweltprogramme halten wir für unbedingt notwendig und fordern daher eine starke finanzielle Ausstattung der zweiten Säule. Denn Maßnahmen, wie sie z.B. im Bayerischen Kulturlandschafts- und Vertragsnaturschutzprogramm enthalten sind, betrachten wir als zukunftsweisend.

Flächengebundene Direktzahlungen wollen wir mittelfristig als wesentlichen Teil des Einkommens der Landwirtschaftsbetriebe beibehalten. Dabei sollten generell kleinere und mittlere Familienbetriebe ungleich stärker von der Förderung aus der ersten Säule profitieren. Langfristig wollen wir hingegen Wettbewerbsbedingungen schaffen, unter denen die Landwirte ein ausreichendes Einkommen aus dem Verkauf ihrer Produkte erwirtschaften können und Direktzahlungen somit zur Einkommensstützung nicht mehr zwingend notwendig sind.

Eine Unterscheidung zwischen „echten“ und „unechten“ Landwirten lehnen wir ab, denn Nebenerwerbslandwirte und Betriebe mit Einkommensdiversifizierung tragen ebenso wie Haupterwerbsbetriebe zur Bewirtschaftung und zum Erhalt unserer Kulturlandschaften bei. Deshalb sollen sie genauso von der Förderung profitieren.

Wir machen uns dafür stark, dass der regelmäßige Umbruch von als Grünland genutzten Ackerflächen künftig für den Erhalt des Ackerstatus nicht mehr notwendig sein soll. Konkret schlagen wir vor, dass sämtliche Flächen, die bis zum 01.01.2015 als Ackerland galten, auch bei langjähriger Grünlandnutzung ihren Ackerstatus nicht verlieren (DS 19/24326).

4. Nachhaltiges Wirtschaften fördern – ökonomisch, ökologisch und sozial

Für uns steht fest: Nur ein Wald, der aktiv naturnah bewirtschaftet wird, kann langfristig CO₂ binden, indem das Holz der Verrottung entzogen und beispielsweise als Werkstoff eingesetzt wird.

Naturschutz und Lebensmittelerzeugung müssen nach unserer Überzeugung Hand in Hand gehen. Statt auf immer noch mehr Auflagen und Verbote setzen wir auf Kooperationen, Digitalisierung und Forschungsförderung.

Die Biodiversitätsleistungen der Landwirtschaft möchten wir künftig noch stärker honorieren, da der Schutz der Artenvielfalt für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt, die nicht alleine auf die Landwirtschaft abgewälzt werden kann. Deshalb fordern wir für die Landwirte einen vollständigen finanziellen Ausgleich des Mehraufwands und der aufgrund von Artenschutzmaßnahmen entgangene Erlöse. Bei der Förderung landwirtschaftlicher Naturschutzleistungen sollte in unseren Augen der Schwerpunkt auf produktionsintegrierte Agrarumweltmaßnahmen wie dem Zwischenfruchtanbau, vielfältigen Fruchtfolgen sowie dem Einsatz innovativer, besonders umweltschonender Technologien gelegt werden.

Als FDP stehen wir für eine unternehmerische Landwirtschaft – gleich ob konventionell oder ökologisch – und setzen uns daher für ein gleichberechtigtes Nebeneinander der verschiedenen Anbaumethoden in der Landwirtschaft ein. Ökologisch und konventionell dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr sollten vermehrt die Potentiale des wechselseitigen Austauschs und Wissenstransfers zwischen den verschiedenen Bewirtschaftungsformen genutzt werden. Effizienteres Marketing, bessere Vermarktungsstrukturen sowie eine gezielte Beratung halten wir für wichtige Bausteine, um den Ökolandbau, regionale Wertschöpfungsketten und die Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe weiter zu fördern.

Die Bejagung von Wolf, Biber, Fischotter etc. sollte in bestimmten Fällen ermöglicht werden. Dies ist aus unserer Sicht zur Seuchenprävention wie auch zur Minimierung von Wildschäden unerlässlich. Es gilt zu prüfen, ob die eine oder andere Tierart noch vom Aussterben bedroht ist oder ob ihr Bestand gesichert ist und damit ein Management wie beim Jagdrecht unterliegender Tierart sinnvoll wäre. Um dabei artenschutzrechtliche Aspekte nicht zu vernachlässigen, braucht es eine klare rechtliche Definition der Voraussetzungen, unter denen die erwähnten Wildtiere entnommen werden dürfen.

Bei Handelsabkommen ist sicherzustellen, dass sämtliche importierte Agrargüter die in der EU und in Deutschland geltenden Standards erfüllen, sowohl im Hinblick auf die Prozess- als auch auf die Produktqualität. Handelsabkommen müssen grundsätzlich im Einklang mit den sozialen Belangen der Landwirtschaft und hierzulande gültigen Umweltauflagen stehen.

5. Tierhaltung und Tierschutz: Praxistaugliche Weiterentwicklung ohne Strukturbrüche

Wir setzen uns dafür ein, dass die Marktmacht der Landwirte durch Erzeugerzusammenschlüsse gestärkt und das Kartellrecht konsequent angewandt wird.

Daher setzen wir uns für eine Anwendung des § 148 der Gemeinsamen Marktordnung ein, um Milcherzeugern Verlässlichkeit bei der Milchvermarktung zu bieten und auf Seiten der Verarbeiter Anreize für eine Absicherung der Milchpreise zu schaffen (DS 19/25794). Zudem fordern wir weitere Sonderregelungen für die Landwirtschaft im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, um Zusammenschlüsse von landwirtschaftlichen Betrieben auszuweiten. Nicht zuletzt sind unserer Ansicht mehr Personal und Kompetenzen für das Bundeskartellamt sowie EU-weite Vereinheitlichungen der Wettbewerbsstandards notwendig.

Weiteres Potential, um die Wettbewerbsstellung der Landwirte zu verbessern, sehen wir darin, die regionale Vermarktung der Produkte aus unserer heimischen Landwirtschaft zu stärken, beispielsweise indem die Herkunft gezielt beworben wird. Außerdem brauchen wir eine gezielte, individuelle Beratung und Unterstützung der Landwirte, damit lokal vorhandene Nischen durch ortsansässige Landwirte besetzt werden können.

Um Tierhaltern Planungssicherheit zu gewährleisten und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, fordern wir die Entwicklung einer europäischen Nutztierstrategie, die einen langfristigen Entwicklungspfad aufzeigt (DS 19/20047). Dabei sind sowohl die Belange der landwirtschaftlichen Praxis als auch die der Verbraucher zu berücksichtigen.

Auf dem Weg hin zu mehr Tierwohl sind für uns baurechtliche Erleichterungen unausweichlich. Daher fordern wir u.a., dass bei Bauvorhaben zugunsten des Tierwohls, bei denen die Anzahl der Tiere nicht wesentlich verändert wird, die Genehmigungspflicht nach dem Immissionsschutzgesetz entfällt und Erleichterungen bei der Umweltverträglichkeitsprüfung eingeführt werden (DS 19/20557). Den Bestandsschutz wollen wir stärken. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass in der TA-Luft auf unrealistische Nachrüstzeiten und Herabsetzungen der Ammoniak-Geruchsbelastung verzichtet wird, und die Emissionsfaktoren wissenschaftlich fundiert überprüft werden (DS 19/20557).

Damit unsere heimischen Tierhalter in offenen Märkten wettbewerbsfähig bleiben, fordern wir eine EU-weite Harmonisierung der Tierschutz-Standards sowie die Einführung eines EU-weit einheitlichen, verbindlichen Tierwohl- und Herkunftskennzeichens für alle tierischen Erzeugnisse (DS 19/20047). Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass bei der TA-Luft auf Auflagen, die strenger sind als europarechtlich erforderlich ist, verzichtet wird. Denn Verschärfungen auf nationaler Ebene würden den Wettbewerb im EU-Binnenmarkt verzerren und die Konkurrenzfähigkeit unserer heimischen Landwirtschaft gegenüber den europäischen Wettbewerbern verschlechtern.

Beim Abschluss von Handelsabkommen ist aus unserer Sicht darauf zu achten, dass auch aus dem außereuropäischen Ausland importierte Produkte die hiesigen Tierschutz- und Umweltauflagen erfüllen.

6. Klimaschutz: Land- und Forstwirtschaft als Teil der Lösung stärken

Wir sehen die Land- und Forstwirtschaft als wichtigen Teil der Lösung im Kampf gegen den Klimawandel und messen dabei der CO₂-Bindung dieser beiden Sektoren eine große Bedeutung bei. Daher fordern wir u.a. die Inwertsetzung der CO₂-Bindungsleistung der Wälder voranzubringen (DS 19/16484). Außerdem sind Land- und Forstwirtschaft in den EU-Emissionshandel zu integrieren, wobei es die CO₂-Senkenfunktion von Wäldern und Böden zu berücksichtigen gilt. Die Vergütung der CO₂-Speicherleistung von Land- und Forstwirtschaft sollte in Abhängigkeit von Fruchtfolge, Humusaufbau, Bodenbearbeitung und organischer Düngung bzw. in Abhängigkeit der Bestockung erfolgen.

In der Bioökonomie sehen wir den Schlüssel dazu, unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und gleichzeitig wirtschaftlich stark zu bleiben. Um die Umsetzung bioökonomischer Ansätze in der Industrie zu verbessern und den Weg vom Labormaßstab bzw. von der Forschung hin zur industriellen Produktion zu beschleunigen, halten wir Demonstrationsanlagen für essenziell.

Wir fordern eine wissenschaftsbasierte, ideologiefreie Bewertung und ggf. Zulassung neuer Züchtungsmethoden wie CRISPR/Cas, um den Züchtungsfortschritt zu beschleunigen und die landwirtschaftlichen Kulturpflanzen toleranter gegenüber immer häufiger auftretenden Wetterextremen zu machen. Wir sehen darin das Potential, trotz klimatischer Veränderungen weiterhin die Erträge zu sichern. Deshalb fordern wir eine vollständige Neuordnung des europäischen

Gentechnikrechts, um zum einen die Bewertung der klassischen Grünen Gentechnik an den aktuellen Wissensstand anzupassen, und zum anderen den Einsatz von CRISPR/Cas rechtlich eindeutig und fortschrittsorientiert zu regeln. Schließlich soll das Produkt, und nicht die Methode von dessen Erzeugung bewertet werden. Allerdings darf es keinesfalls zu einer Abhängigkeit der Landwirte von wenigen großen Saatgutproduzenten kommen. Außerdem sollten alle Produkte, die mithilfe von Gentechnik erzeugt wurden, entsprechend gekennzeichnet werden, um Landwirten und Verbrauchern die notwendige Transparenz zu gewährleisten.

Um die Forstwirtschaft hinsichtlich der Folgen des Klimas zu unterstützen, wollen wir u.a. eine Task Force für den Wald mit Vertretern der Waldbesitzer, der Holzwirtschaft und Experten für Waldgesundheit einrichten, über einen Nothilfefond bei Waldschäden zusätzliche Bundesmittel zur Verfügung stellen, Standorte wie z.B. ehemalige Truppenübungsplätze für die Zwischenlagerung von Schadholz einrichten und ein satellitenbasiertes Waldmonitoring entwickeln (DS 19/21036). Außerdem fordern wir, dass über die Genehmigung des zielgerichteten und effizienten Einsatzes von PSM als letztes Mittel der Wahl fachlich fundiert und wissenschaftlich begründet entschieden wird. Die Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln für den Forstbereich ist zu beschleunigen und die forstliche Forschung und Züchtung, die den Umbau zu klimaplastischen Wäldern ermöglicht, ist weiterhin langfristig und sachgemäß zu unterstützen (DS 19/9925).

7. Energiewende: Dezentrale Energieversorgung vorantreiben und erneuerbare Energien ausbauen

Wir Freie Demokraten wollen die Energiewende verstärkt innovativ, technologieoffen und als Gesamtsystem denken. Denn es geht nicht nur um Strom, sondern auch um Wärme und Kälte für Gebäude, Industrieprozesse sowie um Kraftstoffe für den Verkehr. Neue Technologien und die Sektorkopplung ermöglichen es, Energie bezahlbar umzuwandeln und gleichzeitig das Klima zu schützen. Wir wollen dazu die erneuerbaren Energien weiter ausbauen, wo immer es ökologisch vertretbar, wirtschaftlich sinnvoll und gesellschaftlich akzeptiert ist. Dies gilt beispielsweise für Bioenergie, Biogas, Agri-PV, Photovoltaik auf Dachflächen, Wind- und Wasserkraft.

Bürokratische Hürden bei der Errichtung von Biogasanlagen durch überzogene Auflagen sollen abgebaut werden.

Gerade durch den zeitgleichen Ausstieg aus der Atom- und Kohlekraft steht die Versorgungssicherheit unserer Energiewirtschaft vor unsicheren Zeiten. Die steigenden Einspeisungen an volatilen Wind- und PV-Strom belasten unsere Netze zunehmend, der Verlust von regelbarer Energie zwingt uns in Zukunft zu einem vermehrten Import von ausländischem Kohle- und Atomstrom. Zugleich müssen wir unsere Verteilnetze im Freistaat Bayern für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, die dezentrale Energieversorgung und den stetig steigenden Strombedarf weiter ertüchtigen.

Im Hinblick auf den Ausbau von Energienetzen ist es notwendig, einen fairen Interessensausgleich als Basis für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen. Flächeneigentümern, die direkt von dem Eingriff betroffen sind, müssen die temporären und dauerhaften Flächenverluste finanziell angemessen kompensiert werden. Einer Kompensation in Form von Renten bzw. wiederkehrenden Leistungen stehen wir grundsätzlich nicht entgegen.

Gleichzeitig fehlt es aktuell noch an marktreifen und großflächig einsatzbaren Stromspeichern, die die Versorgungssicherheit unterstützen. Den Ausbau solcher Speicher wollen wir als FDP vorantreiben, denn ohne sie ist das langfristige bayerische Ziel einer Stromproduktion mit einem hohen Anteil an erneuerbaren Energien nicht erreichbar. Vielversprechende Lösungen bieten hier vor allem Batteriespeicher dank ihres hohen Wirkungsgrades und Wasserstoff dank seiner vielfältigen

Nutzungsmöglichkeiten. Ein Hindernis bei der Etablierung von Stromspeichern ist allerdings ihr Status als Letztverbraucher. Denn dadurch fällt sofort ein Netzentgelt an, was ihren Betrieb unwirtschaftlich macht. Daher sollten Stromspeicher einen eigenen Status im Energiewirtschaftsrecht bekommen, um der Energiewirtschaft der Zukunft gerecht zu werden.

Ebenso wichtig ist es, die Eigenversorgung der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf den Ausbau der Dachflächen-Photovoltaik und den Aufbau einer dezentralen Speicherinfrastruktur zu erleichtern. Hierzu sollte die Eigenversorgung von Umlagen und Abgaben befreit sowie bürokratische Hürden und technische Anforderungen bei der gemeinschaftlichen Nutzung reduziert werden.

8. Steuer- und Sozialpolitik: Bäuerliche Familienbetriebe stärken

Wir als FDP setzen auf Eigenverantwortung, betriebliches Risikomanagement und Hilfe zur Selbsthilfe. Daher befürworten wir die Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage, damit die Schwankungen des Betriebseinkommens zumindest teilweise ausgeglichen werden können.

Das Forstschädenausgleichsgesetz wollen wir flexibilisieren u.a. nach der Maßgabe, dass bei einzelnen regional bedeutenden Katastrophen die Erhebung der Forstschäden nach forstfachlicher Kenntnis innerhalb kürzester Frist durchzuführen ist, und dass steuerliche Erleichterungen bei außerplanmäßigen Holznutzungen infolge höherer Gewalt unabhängig von der Beschränkung des ordentlichen Holzeinschlages nach § 1 ForstSchAusglG gegeben werden, um den Forstbetrieben die Investition in ihre eigene Produktionsgrundlage zu erleichtern (DS 19/9925). Außerdem müssen klare Bagatellgrenzen für Kleinprivatwälder im Forstschädenausgleichsgesetz enthalten sein.

Deutschland gehört bei Steuern und Sozialabgaben zur Weltspitze. Wir Freie Demokraten wollen die Balance zwischen Privat und Staat wiederherstellen, ohne dabei eine seriöse Haushaltspolitik aufzugeben. Wir fordern ein grundlegendes Umdenken in der Steuerpolitik: Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger spürbar entlasten und damit die unabdingbare Voraussetzung für Impulse in die wirtschaftliche Erholung unseres Landes schaffen.

Wir sprechen uns klar gegen eine Vermögenssteuer aus (DS 19/25792).

Um das Arbeitszeitgesetz zu flexibilisieren, wollen wir die werktägliche Höchst Arbeitszeit durch eine identische wöchentliche Höchst Arbeitszeit ersetzen und eine Öffnungsklausel schaffen, die abweichende Regelungen insbesondere bzgl. der Ruhezeit in einem Tarifvertrag ermöglicht (DS 19/23678).

Um eine ausreichende Verfügbarkeit von Saisonarbeitskräften sicherzustellen, haben wir bereits Anfang März dieses Jahres einen Gesetzentwurf zur befristeten Wiedereinführung der 115-Tage-Regelung in den Bundestag eingebracht (DS 19/27181).

9. Ernährungs- und Verbraucherpolitik: Bewusstsein schärfen

Wir fordern eine systematische Bildungsoffensive zum Thema Ernährung, angefangen in Kitas und Schulen bis hin zur Erwachsenenbildung (DS 19/9926). Die Herkunft und die Zubereitung von Nahrungsmitteln wollen wir wieder in das Bildungsprogramm der 2. bis 9. Klasse aufnehmen. Denn nur wenn wir den Zusammenhang zwischen Erzeugung und Verwendung von Lebensmitteln den Kindern von klein auf vermitteln, kann die Landwirtschaft wieder die Wertschätzung erfahren, die ihr zusteht.

Um einen bewussten und gesunden Lebensstil zu fördern, setzen wir auf Bildung, Transparenz und die eigenverantwortliche Entscheidung der Verbraucher. Diese wollen wir unterstützen durch ein europäisches Tierwohllabel und eine transparente Nährwerttabelle mit einfachen, klaren Angaben.

Eine Zuckersteuer oder ähnliche Abgaben lehnen wir hingegen ab, denn sie würden nur zur Bevormundung der Bürger führen.

10. Bildung, Forschung und Wissenstransfer: Die Praxis in den Blick nehmen

Beim Punkt „Bildung, Forschung und Wissenstransfer: Die Praxis in den Blick nehmen“ unterstützen wir Freie Demokraten Ihre Forderungen. Die weitere Forschung und der Transfer der dabei erlangten Erkenntnisse in die landwirtschaftliche Praxis sind für uns wesentliche Bausteine, um künftig Ökologie und Ökonomie in der Landwirtschaft noch besser zu vereinen. Und auch bei politischen Entscheidungen muss unserer Überzeugung nach wissenschaftlichen Fakten eine noch größere Bedeutung eingeräumt werden.

Wir wollen die Land- und Forstwirte nicht durch strikte Vorschriften und Verbote bevormunden, sondern sie selbstbestimmt wirtschaften lassen und dabei der guten fachlichen Praxis wieder mehr Beachtung schenken. Um die dazu notwendigen Kompetenzen auch künftigen Landwirtschaftsgenerationen zu vermitteln, und die Berufe in der Land- und Forstwirtschaft für junge Leute attraktiv zu machen, ist die Stärkung der land- und forstwirtschaftlichen Ausbildung für uns von oberster Priorität.

Sehr gerne kommen wir auch persönlich mit Ihnen ins Gespräch und tauschen uns näher über Ihre Anliegen und Forderungen aus. Denn für uns Freie Demokraten ist das Feedback und der persönliche Austausch mit den Landwirten und den landwirtschaftlichen Verbänden von fundamentaler Bedeutung, um gemeinsam mit den Menschen in unserem Land die richtigen politischen Weichen für den Fortbestand unserer heimischen, familiengeführten landwirtschaftlichen Betriebe sicher zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen,

Nicole Bauer, MdB